



## Kirche und Politik

Kanzelrede der Präsidentin der Landessynode Annekathrin Preidel in St. Michael/Fürth am 25. Oktober 2018

Liebe Gemeinde,

Am Münchner Siegestor stehen seit einigen Monaten zwei Skulpturen aus Cortenstahl. Die Würzburger Künstlerin Mia Florentine Weiss setzte mit ihnen im Rahmen des Faust-Festivals München ein denkwürdiges Zeichen. „LOVE“ liest man, wenn man sich auf das



Siegestor zubewegt. Gleichzeitig taucht im Hintergrund, perspektivisch verkleinert, der Schriftzug „HATE“ auf. Vier Buchstaben – jeweils fünf Meter breit und zweieinhalb Meter hoch – offenbaren sich als Vexierbild. Dieselben Buchstaben erscheinen auf der einen Seite als LIEBE, auf der anderen Seite als HASS. Die Schöpfung von Mia Florentine Weiss hat wie die sprichwörtliche Medaille und wie die Schöpfung Gottes zwei Seiten. Wie Goethes Tragödie „Faust“ zeigt die Skulptur, wie untrennbar Liebe und Hass ineinander verschlungen sein können. Ihr Ort könnte kein passenderer sein. Denn auch das Münchner Siegestor ist ein Symbol der Ambivalenz des Menschen. Von König Ludwig dem Ersten war das Siegestor im Jahr 1840 als Triumphbogen nach römischem Vorbild in Auftrag gegeben worden. Seit dem zweiten Weltkrieg lautet seine Inschrift. „Dem Sieg geweiht, vom Krieg zerstört, zum Frieden mahnend.“ Das Siegestor ist also eigentlich ein Friedenstor, wobei sich der Name „Friedenstor“ bis heute bezeichnenderweise nicht durchgesetzt hat. Dass das Siegestor zum Friedenstor wird, liegt auch der Künstlerin Mia Florentine Weiss am Herzen. Wie die Inschrift ist ihre Arbeit eine Friedensbotschaft. Hass soll sich in Liebe umwandeln – ganz im Sinne des unbeirrbaren Glaubensbekenntnisses von Dietrich Bonhoeffer, der im Jahr 1934 schrieb: „Ich glaube, dass Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will.“

Wir leben in einer Zeit, in der die Hemmschwellen zu Hass, Hetze, Bösartigkeit und Lieblosigkeit erschreckend niedrig geworden sind. In unserer Gesellschaft ist eine neue Kälte zu spüren: eine Kälte, die mit einer schockierenden Dickfelligkeit einhergeht und unter einem beklemmenden Verlust der Erinnerung an das Grauen der Vergangenheit leidet, eine Kälte, die durch die Verschiebung der Grenzen

des Sagbaren auch eine Verschiebung der Sichtweisen intendiert. Immer häufiger sind in politischen Äußerungen Sätze zu hören, die mit den Worten beginnen: „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“ Diese Sätze zeigen, wie benachbart der vermeintlich gesunde Menschenverstand und die Menschenverachtung sind. Sie zeigen, wie unselbstverständlich der Stolz auf die menschenfreundlichen Errungenschaften der freiheitlichen Demokratie geworden sind und wie leichtfertig Menschen in unseren Tagen eine Kultur der Toleranz gegen eine Kultur der Unmenschlichkeit eintauschen, die als salonfähige Alternative für Deutschland daherkommt. Und diese Sätze zeigen auch, dass der Raum der politischen Debatte ein gefährdeter Ort ist. Er ist gefährdet und er ist gefährlich, weil politische Radikalisierung, die vom Versprechen lebt, es gebe angesichts extrem komplexer globaler Herausforderungen einfache nationalistische Antworten, die Hinwendung zu populistischen und extremistischen Gruppierungen begünstigt und zur Erosion der demokratischen Parteienlandschaft führt. Er ist gefährdet und er ist gefährlich, weil Zwischenmenschlichkeit und Nächstenliebe dort leicht zunichte werden und dem Hass und der Unversöhnlichkeit zum Opfer fallen können. Er ist gefährdet und gefährlich, weil die nüchterne, menschendienliche Sachlichkeit der Politik schnell in Emotion und Hysterie umschlagen kann und davon auch demokratische Volksparteien erfasst werden können.

Dies wurde uns im Präsidium der Landessynode im vergangenen Sommer so deutlich, dass wir uns in einer Pressemitteilung besorgt über die politische Kultur in Deutschland geäußert haben. Aus gegebenem Anlass des Asylstreits in den Unionsparteien baten wir die politisch Verantwortlichen, glaubwürdig zu zeigen, dass es ihnen wirklich um menschendienliche Lösungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik geht. Denn es ist kein gutes Zeichen, wenn politische Akteure die Ängste von Menschen gegeneinander ausspielen und zur Verunsicherung, Eskalation und Erosion des Vertrauens in die Demokratie beitragen statt für inneren Frieden zu sorgen. Wir ermahnten die politisch Verantwortlichen deshalb dazu, sich über den Tag hinaus bewusst zu machen, dass es ihre Aufgabe ist, die Menschen nicht aus politischem Egoismus heraus ins Ungewisse zu treiben, wo sie ihnen angesichts der Herausforderungen unserer Zeit doch das Gegenteil schuldig sind.

Der Streit der Demokraten in Deutschland und Europa darf, so sagten wir, nie wieder ein Maß der Unversöhnlichkeit erreichen, das die Demokratie und ihre Institutionen in die Nähe des Verdachts eigener Lähmung rückt und die Feinde der Demokratie triumphieren lässt. Wir riefen daher die politisch Verantwortlichen sowohl auf europäischer Ebene wie in Bund und Ländern in Deutschland dazu auf, zu verdeutlichen, dass die Grundwerte der Verfassung der wesentliche Maßstab allen politischen Redens und Handelns sind. Es gilt, unsere Demokratie zu schützen. Unsere Gesellschaft darf nicht gespalten werden. Die humanitäre Substanz unserer Kultur darf nicht durchlöchert werden. Wir baten die politisch Verantwortlichen in unserer Stellungnahme nachdrücklich, mit konstruktiver Sachpolitik und bedachten öffentlichen Voten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren und dadurch das Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen.

Insbesondere die Migrations- und Flüchtlingspolitik sind derzeit ein Prüfstein, an dem Menschen ablesen können, ob in der Demokratie wirklich aufrichtig um überzeugende Lösungen gerungen wird oder ob der Schutz von Menschen in Not gegen die berechtigten Sorgen der aufnehmenden Gesellschaften ausgespielt wird. Als Kirche müssen wir die Ängste von Menschen ernst nehmen, dürfen sie aber nicht so schüren, dass die Schwachen, die diakonische Fürsorge und soziale Unterstützung brauchen, zu Konkurrenten werden. Als Kirche engagieren wir uns von je her in unterschiedlichsten Fällen sozialer und persönlicher Not. Wir haben viele individuelle Schicksale vor Augen – Schicksale von Menschen in Deutschland und Schicksale von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Alle diese Menschen liegen uns am Herzen. Eine Lösung, die nicht möglichst vielen dieser Menschen Gerechtigkeit zuteil werden lässt, ist keine wirklich gerechte und keine wirklich christliche Lösung.

Wir, Dekan Hans Stiegler aus Ansbach, Bürgermeister Walter Schnell aus Kammerstein und ich erhielten auf unsere Positionierung hin viel positive Resonanz. Es sei, so hieß es in zahlreichen Rückmeldungen, das richtige Wort zur richtigen Zeit gewesen – zu einer Zeit, in der sich am weißblauen Himmel Bayerns schwarzbraune Gewitterwolken zusammenbrauten und das Land zu verdunkeln drohten.

Unmittelbar nach dieser Pressemitteilung erhielt ich die Einladung zu dieser Kanzelrede. Ich nahm sie sofort und sehr gerne an. Diese Rede gibt mir Gelegenheit, darüber nachzudenken, was christliche Politik heute sein kann, was sie nicht sein kann und worin unsere besondere evangelische Verantwortung im Raum des Politischen besteht. – Keine Angst, ich werde zeitlich nicht über die Stränge schlagen, auch wenn das Thema natürlich viel zu groß ist, um sich kurz und bündig dazu äußern zu können.

Es gibt im Raum der Kirche im Großen und Ganzen zwei unterschiedliche Positionen im Blick auf das politische Engagement der Kirche. Den Einen ist zu viel Politik in der Kirche suspekt; den Anderen ist es suspekt, wenn die Kirche zu wenig politisch ist. Für die Einen ist politisches Engagement ein wesentlicher und unverzichtbarer Ausdruck des Evangeliums; die Anderen haben die Sorge, dass die Kirche sich in Politik, Ethik und Gutmenschentum auflöst und der Sinn dafür verlorenght, dass nicht wir die Welt retten können, sondern dass Gott es ist, der die Welt gerettet hat. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir als evangelische Kirche politisch und religiös nicht glaubwürdig sind, wenn Menschen den Eindruck haben, dass Christen das Evangelium für politische oder gar parteipolitische Zwecke instrumentalisieren. Am glaubwürdigsten sind wir als Kirche dann, wenn unser politisches Engagement als Frucht des Evangeliums Jesu Christi erkennbar ist. Und dieses Evangelium ist eindeutig. Es ist das Evangelium der Liebe und des Zorns: der Liebe zum Menschen und des Zorns auf alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und ein verachtetes Wesen ist. Als Christen müssen wir also um Gottes willen gegen alle Gestalten von Politik protestieren, die menschenverachtend sind und die Hass und Hetze für legitime Ausdrucksformen des Politischen halten.

„Ich lerne neue Wörter, die orange Schwimmwesten tragen.“ So schreibt die Lyrikerin und Direktorin der Villa Concordia in Bamberg, Nora Gomringer. Auch mir persönlich fallen einige Wörter mit orangenen

Schwimmwesten ein – Wörter wie „Flüchtlingstsunami“, „Asyltourismus“ oder „Geburtstagsflieger“. Es sind Wörter, die vor unserem inneren Auge Beunruhigung auslösen und in unserem Gehirn Denkmuster verfestigen. Metaphorisches Framing nennt man dies. Ich möchte diesen Bedrohungsworten die uralten jüdisch-christlichen Hoffnungsworte entgegensetzen: „Barmherzigkeit“, „Nächstenliebe“, „Zuversicht“. Auch diese Worte tragen Schwimmwesten. Denn es sind Worte, die Menschen Halt geben und uns und unsere Gesellschaft über Wasser halten.

Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an Mia Florentine Weiss' Skulptur am Münchner Siegestor, die auf Ihrem Liedblatt abgebildet ist. In dieser Skulptur begegnet uns nicht nur die Love-Hate-Schablone eines Schwarzweiß-Denkens, mit der wir es uns vordergründig viel zu einfach machen könnten. In dieser Skulptur begegnet uns auch und gerade das Evangelium als Kunst – das Evangelium, das Hass in Liebe verwandelt und dessen letztes Wort niemals Hass, sondern immer nur Liebe sein kann. Das Böse wird nicht durch Gewalt, sondern nur durch Liebe besiegt, auch wenn es den Anschein hat, wer am meisten liebt, sei der Unterlegene.

Es gibt eine Skulptur, die das noch eindringlicher und erschütternder zum Ausdruck bringt und die uns Christen viel vertrauter ist als die Skulptur am Münchner Siegestor. Es ist die Skulptur des gekreuzigten Christus. Wenn Politiker diesem gekreuzigten Christus in ihrem Reden und Handeln wirklich Raum geben, dann können wir als Christen eigentlich nichts dagegen haben. Und zwar deshalb nicht, weil der Gekreuzigte zur Selbstkritik des Politischen und zu einem ganz anderen Verständnis von weltverändernder Macht nötigt. Menschlich werden wir nämlich nur, wenn wir von unserer Macht freier Selbstzurücknahme zugunsten des Anderen Gebrauch machen.

Wer sich selbst zurücknimmt und sich dem Anderen zuwendet, dient. Und dienen, nichts Anderes, soll die Politik. Auch, wo sie im Namen des Volkes Macht ausübt, dient sie. Sie dient dem Frieden zwischen den Menschen und sorgt im Idealfall dafür, dass Menschen der Raum zum menschenwürdigen Leben nicht genommen wird. In der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, die seit dem vergangenen Jahr im Grundartikel der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern als Bekenntnis des Evangeliums Jesu Christi gewürdigt wird, kommt das zum Ausdruck. Dort heißt es: „(D)er Staat (hat) nach göttlicher Anordnung die Aufgabe, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“ Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, innerhalb deren Menschen sich frei entfalten und auch ihre religiösen Überzeugungen pflegen können – und zwar so, dass keinem anderen Menschen durch diese Überzeugungen Gewalt angetan wird. Immer dann, wenn die Politik mehr sein will als eine Dienerin, wird es problematisch und gefährlich. Das zeigt die Zeit des Nationalsozialismus, in der die Bekennende Kirche mit der Barmer Erklärung ihre Stimme gegen einen Staat erhob, der niemandem mehr diente und sich als dämonische Gottheit verabsolutierte. Und das zeigt auch der politische Islam unserer Gegenwart, der im Namen Allahs eine religiöse

Weltordnung errichten will, die totalitäre politische Züge trägt. Es ist die Aufgabe evangelisch-lutherischer Christenmenschen, zwischen dem Reich des Vorletzten und dem Reich des Letzten zu unterscheiden und überall dort ihre Stimme zu erheben, wo diese Unterscheidung unterbleibt. Die Politik ist nicht Gott. Wo sie als göttliche Wirklichkeit daherkommt und zur herrenlosen Macht wird, die nur noch sich selber dient, gerät die Welt aus den Fugen. Gerade dann, wenn die Politik den Anspruch erhebt, dass die Welt nur auf politischem Weg erlöst werden kann, haben wir als Christen energisch den Kopf zu schütteln. Ja, es ist wahr, dass das Raumschiff Erde keinen Notausgang hat und dass wir alles Menschenmögliche tun müssen, um unseren Planeten vor den zerstörerischen Machenschaften der Spezies Mensch zu bewahren. Ja, es ist wahr, dass wir alles dafür tun müssen, dass das Sterben im Mittelmeer ein Ende hat und Menschen keinen Grund mehr haben, aus ihren Heimatländern zu fliehen. Aber der christliche Glaube erschöpft sich nicht in politisch-diakonischem Engagement. Seine Botschaft geht weiter, und sie reicht tiefer. Denn es ist die Botschaft, dass nichts und niemand verloren ist und dass alles gut wird, auch wenn auf Erden nicht alles gut wird und nicht alles gut werden kann, weil wir Menschen und nicht der liebe Gott sind. – Mit anderen Worten: wir sollten als Christen der Politik nicht zu wenig zumuten, aber auch nicht zu viel zutrauen. Wir sollten Politikern und Politikerinnen ins Gewissen reden, wenn es nötig ist. Aber wir sollten das Heil nicht in der Politik suchen. Auch Politiker sind nur Menschen. Wenn sie mehr – oder weniger – sein wollen, wird es gefährlich.

Wir pflegen uns als Kirche laut und deutlich gegenüber dem sogenannten Rechtspopulismus zu äußern. Wir pflegen keinen Zweifel daran zu lassen, dass die „Alternative für Deutschland“ keine Alternative für Deutschland und keine Alternative für die Lösung der Probleme der Welt ist. Denn es gibt in der komplexen, ja chaotischen Situation, in der die Welt sich derzeit befindet, keine einfachen Lösungen. Wer suggeriert, es sei damit getan, den Wohlstand der Einen auf Kosten der Anderen, notfalls mit Gewalt und mit der Errichtung von Mauern und Stacheldrahtzäunen zwischen den Ländern und zwischen den Kontinenten zu verteidigen, hat nicht begriffen oder will nicht begreifen, dass wir alle in einer Welt leben und dass wir alle in einem Boot sitzen. Täuschen wir uns nicht. Wenn wir uns dadurch zu retten versuchen, dass wir Andere ertrinken lassen, geht mit ihnen die Menschlichkeit unserer Zivilisation unter und nichts, nichts wird besser oder gar gut.

Vor fünfzig Jahren starb der Theologe Karl Barth, einer der Väter der Barmer Erklärung. Im Jahr 1942 schrieb er unter ganz anderen weltpolitischen Verhältnissen aus seiner Schweizer Perspektive: „Die Flüchtlinge gehen uns an.“ Er hatte damals die Menschen im Auge, die aus dem kriegsgebeutelerten Deutschland ihr Heil in der Schweiz suchten. „Die Flüchtlinge gehen uns an. Der (eine) Grund: Die Flüchtlinge tun uns die Ehre an, in unserem Land einen letzten Ort des Rechts und des Erbarmens zu sehen. Der (andere) Grund: Wir sehen an den Flüchtlingen, was uns bis jetzt wie durch ein Wunder erspart geblieben ist.“ – Tun wir uns 75 Jahre später die Ehre an, das zu sein, was Andere in uns sehen: eine humane Zivilisation, bei der Menschen Zuflucht suchen, weil diese Zivilisation Lebensmöglichkeiten und Freiheiten eröffnet, die an anderen Orten mit Füßen getreten werden. Und hüten wir uns davor, auf

der politischen Bühne ein Schauspiel der Selbstentwürdigung der Demokratie zu bieten. Denn dieses Schauspiel treibt Menschen Rattenfängern in die Arme. Die Rechtspopulisten schlagen Kapital daraus, dass sie etwas Wahres wittern. Die Wahrheit nämlich, dass Politik dort degeneriert, wo es dem politischen Establishment tatsächlich nur um sich selbst geht und wo Politik den Kontakt zu den wirklichen Problemen der Menschen verloren hat, wo sie niemandem mehr dient und zum Selbstzweck geworden ist. Dasselbe gilt natürlich für jene Politiker, die sich als Alternative zum sogenannten politischen Establishment inszenieren. Karl Barth nannte Mächte, die niemandem mehr dienen, sondern nur noch herrschen und um der Macht willen an der Macht bleiben wollen, herrenlose Gewalten. Es ist unsere Aufgabe als Kirche, diese herrenlosen Gewalten zu entlarven und im Namen des Evangeliums zu kritisieren. Denn sie nehmen uns die Freiheit und das Leben unter dem Vorwand, uns das Leben und die Freiheit zu geben. Nicht wenige Menschen fallen auf die verführerischen Verheißungen dieser Gewalten herein: in Amerika, in der Türkei, in Russland, in Ungarn und auch bei uns in Deutschland. Als politisch sensible Christen sollten wir hellhörig, scharfsichtig und wachsam bleiben und den Mut haben, laut und lauter zu sagen, was die Wahrheit ist und was nicht die Wahrheit sein kann. Nicht wahr sein kann und darf alles, was uns dumm, abhängig und ohnmächtig macht und die Menschlichkeit mit Füßen tritt. Denn die Wahrheit wird uns frei machen. Wir sind Brüder und Schwestern Jesu Christi. Durch ihn widerfährt uns, wie es in der Barmer Theologischen Erklärung heißt, „frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an (Gottes) Geschöpfen.“

Manchmal sind wir Menschen zu blind, um die Wahrheit zu erkennen. Manchmal muss uns jemand die Augen öffnen, damit unsere Vernunft helllichtig wird. Daher ist es am Anfang von Predigten guter Brauch, um Gottes Geist zu bitten. Am Ende von Predigten steht oft die Bitte um den Frieden Gottes. Warum sollte diese Bitte nicht auch am Ende einer Kanzelrede über Kirche und Politik stehen. Denn nichts haben wir nötiger als den Frieden, den wir mit der Kraft unserer Vernunft allein nicht bewerkstelligen können.

Und so bewahre der Friede Gottes, der höher ist und tiefer reicht als all unsere Vernunft, unsere Herzen in Christus Jesus.

Wäre dies eine Predigt, würde ich jetzt „Amen“ sagen. Denn „Amen“ heißt: „Gott gebe, dass das wahr werde!“ In diesem Sinne: Amen.

Synodalpräsidentin Annekathrin Preidel

Kanzelrede der Präsidentin der Landessynode Annekathrin Preidel in St. Michael/Fürth  
am 25. Oktober 2018